

XXIV. GP.-NR
8337 /J

ANFRAGE

2 8. April 2011

des Abgeordneten Vilimsky
und weiterer Abgeordneter
an die Bundesministerin für Justiz
betreffend Vorreiter Deutschland

Die APA139 vom 06. April 2011 berichtete:

*„Leutheusser-Schnarrenberger begrüßt Verzicht auf Internet-Sperren
Utl.: Kinderpornografische Inhalte im Internet sollen künftig gelöscht werden =
Berlin (APA/AFP) - Die deutsche Justizministerin Sabine Leutheusser-
Schnarrenberger (FDP) hat den geplanten Verzicht auf Internetsperren im Kampf
gegen Kinderpornografie begrüßt. "Sperrung im Internet ist etwas, was berechtigt
Ablehnung und Misstrauen hervorruft", sagte die Justizministerin am Mittwoch im
Bayerischen Rundfunk. Die FDP habe CDU und CSU davon überzeugt, "dass Lös-
chen verbotener Inhalte wie kinderpornografischer Abbildungen wirklich das
richtige und effektive Mittel ist".*

*Der Koalitionsausschuss von Union und FDP hatte sich am Dienstagabend darauf
verständnis, dass kinderpornografische Inhalte im Internet künftig gelöscht und nicht
gesperrt werden sollen. Das noch von Union und SPD gemeinsam beschlossene
Gesetz zu Internet-Sperren soll wieder gekippt werden. Gegen dieses Gesetz, des-
sen Anwendung Union und FDP bereits ausgesetzt hatten, war eingewandt worden,
die dafür erforderlichen technischen Mittel könnten den grundsätzlichen Einstieg in
eine Zensur von Internet-Inhalten bedeuten.“*

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die Frau Bun-
desministerin für Justiz nachstehende

Anfrage:

1. Wie beurteilen Sie das Ergebnis aus Deutschland?
2. Wann soll es diese Möglichkeit auch in Österreich geben?
3. Gibt es eine Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Inneres in die-
sem Zusammenhang?
4. Wenn ja, wie sehen die Planungen in dieser Hinsicht aus?
5. Gibt es in diesem Zusammenhang eine Zusammenarbeit mit Deutschland?
6. Wenn ja, in welchem Umfang?

2014